

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biebrich und Hochheim und die Landgemeinden Kuringen, Blerstadt, Breidenheim, Dellenheim, Driedenbergen, Dohheim, Eddesheim, Edenheim, Kirschheim, Frenkenheim, Gargenden, Hefsch, Igstadt, Klappenheim, Massenheim, Miedenbach, Naurod, Nordenshtadt, Rambach, Schierlein, Sonnenberg, Wolfau, Weilbach, Wicher, Wilsbichen.

stellungen der im November 1917 zur Internierung in der Schweiz von England nach Frankreich verbrachten deutschen Kriegsgefangenen wird ersichtlich, in welcher khamlosen Weise die Engländer auch noch bei diesem Vieheswerte sich gegen das Völkerrd recht vergehen. Der Transport der schwerkranken Gefangenen, die sich teilweise nur an Krden fortbewegen konnten, erfolgte auf einem Viehampier, aber nicht etwa in den Stllen, worfr mancher dieser Angstlichen wohl noch dankbar gewesen wre, sondern in einem von Schmutz starrenden Raum noch unter den Stllen, im letzten Stckwerk des Schiffes. Dort muften sie in verpelteter Luft die Nacht wie Vieh zusammengepfercht auf Bnken zubringen, die nicht einmal Fehnen hatten. Des Morgens erhielten sie Kaffee und muften dann den ganzen Tag ber hungern. Teller, Messer und Becheln zu verabreichen, daran dachten die auf alle auere Kultur so bedachten Engländer nicht. Den Tee muften sich die belagerten Gefangenen mit leeren Konferenstischen aus Pferdekrippen schöpfen! Den Pierz tief unter der Wasserlinie durften auch die nicht verlassen, die von der Seelkrankheit befallen waren. Die Reise dauerte ber 32 Stunden. Ueber 32 Stunden folgten die Engländer ohne innalbe Gefangene einem Transport unter diesen unmirdigen Verhältnissen aus. Dak bei einem Schiffbruch unter solchen Umständen nicht einer der Aermsten mit dem Leben davonkommen wre, das machte dem unmenslichen Feind keinerlei Sorge. Woll derartige Maßnahmen Rohheit und Niederracht bezeugen, die wir unseren Kriegern gegenüber nicht dulden, hat die deutsche Regierung bei der englischen sofort einen energischen Protest eingebracht.

Der Donnerstag-Tagesbericht.

Abt. Militär. Großes Hauptquartier, 7. Februar.
Westlicher Kriegsteil.

Nähe an der Küste am Nachmittage Artilleriekampf.
Von einem Dorf nach westlich von Jambouville und aus Vorfeldkämpfen im Artois brachten Infanterieabteilungen Gefangene ein.

Die englische Artillerie war am Abend zu beiden Seiten der Scarpe und westlich von Cambrai wieder tätig.
Ein französischer Vorstoß in der Champagne scheiterte.

Im Maasgebiet hielt Artillerietätigkeit im Anschluß an eine südwestlich von Ornes erfolgreich durchgeführte Erkundung tags über an.

Vizefeldwebel Schwein schoß in den letzten 3 Tagen 6 feindliche Flugzeuge ab.

Von den anderen Kriegshauptkämpfen nichts Neues.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Landboottkrieg.

Abt. Berlin, 6. Februar. Im Aermelkanal fielen unseren raisslos tätigen Unterseebooten fünf Dampfer, ein englischer Segler und ein englisches Fischerfahrzeug zum Opfer. Die Dampfer waren fast durchweg tief geladen. Einer von ihnen wurde auf dem Wege nach Cherbourg aus starker Fischdampferfischerung herausgeschossen. Er hatte offenbar Kriegsmaterial geladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der auf dem Wege nach Cherbourg mit Stützpunkt versetzte Dampfer der französischen Regierung führt der französischen Regierung wieder einmal den Ernst der U-Bootwirkung vor Augen. Frankreich, das bis zum Kriege stolz war, auf eine große Brotgetreidezufuhr verzichten zu können, ist infolge des Arbeitermangels, der Ausbeutung von Vieh und der Belegung der Grenzprovinzen in eine immer stärkere Abhängigkeit von der überseeischen Zufuhr geraten. Der Rückgang seiner Anbaufläche für Brotgetreide wird auf drei Prozent geschätzt. Die Zeitung „Le Pays de France“ schrieb am 6. Dezember vorigen Jahres, daß die französischen Seehäfen importierten müßten wie im Frieden. Deshalb steht unser U-Bootkrieg auf an dieser Stelle auf brüchigen Boden. Kein geringerer als Charles Roug, der Präsident der Compagnie Generale Transatlantique, erklärte am 29. Dezember vorigen Jahres im „Temps“ die Marine, daß unsere U-Boote die erfolgreiche Kriegsführung der Entente in Frage stellen. Eine halbe Million Bruttoregistertonnen oder ein Fünftel seiner gesamten Flotte hätte Frankreich im vergangenen Sommer verloren.

Requirierung aller Lebensmittel.

Abt. Ministerium, 7. Februar. „A gemeiner Handelsablaß“ meldet aus London vom 6. Februar: Lord Alton hat die britischen Lebensmittelkontrollen ermächtigt, alle Lebensmittelverräter der Kleinhandlung mit Ausnahme der Genusmittel in ihren Distrikten zu requirieren. Dies ist die strengste Maßregel, die bisher von den Lebensmittelkontrollen angewandt wurde.

König Georgs „Botschaft“.

König George hat aus London einen langen Bericht über die Ansprache des Königs anlässlich des Sessionschlusses des Unterhauses, worin König George die bekannten Worte von Königin und Lord George ausspricht. Besonders lobt er den Vereinigten Staaten und den anderen neutralen Staaten für ihr Eingreifen, wodurch sich die ganze zivilisierte Welt zu einem Bund der Nationen vereinigt habe, um sich gegen gewissenlose U-Bootschwärme zu verteidigen. Der weitere Inhalt des Berichtes ist ein Gebetsgebet, das die „Geistesstärke“ und „Loyalität“ der übrigen Verbündeten und „oben den großen Mut und die tapferen Ausdauer“ einer „(1) sich selbstverweihenden Domination“. Er dankte seinen hohen Herren Lords und Mitgliedern des Unterhauses für die Beistandleistung der Ernährung der großen Kriegskräfte und gibt seinen Freude Ausdruck, daß er die Genehmigung zu einer besseren Vertretung des Volkes gewähren dürfte. Er erhofft zum Schluss eine schnelle Lösung der „schwierigen irischen Frage“, worüber er jetzt ein Komitee seines irischen Volkes konstituiert und sieht die Gnade des Allmächtigen für die Erringung der Iren Englands und eines dauerhaften Friedens herab.

Vernichtung eines amerikanischen Truppentransportes.

Die britische Admiralität teilt mit: Der Dampfer „Isacania“ von der Anhar-Linie ist in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar an der irischen Küste torpediert worden. Der Dampfer transportierte Truppen aus den Vereinigten Staaten. An Bord befanden sich 2537 Personen, wovon 2187 gerettet wurden, nämlich 76 Offiziere, 1635 Mannschaften, 16 Schiffsoffiziere und 125 Mann der Besatzung, sowie drei Passagiere und 32 andere Personen, worunter noch Einzelangaben fehlen. Sämtliche Siffern der Admiralität sind nur annähernd. (1)

Neue Hoffnungen.

Mit der Hoffnung auf einen raschen innerpolitischen Zusammenbruch der Mittelmächte — in Deutschland infolge der schroffen Parteigegensätze, in Österreich-Ungarn durch die Feindseligkeiten der Nationalitäten — haben unsere Gegner den Krieg begonnen. Diese Erwartungen sind, wie alle ihre früheren Berechnungen, von dem Wirbelsturm der nationalen Begeisterung, der die deutschen Stämme und die Völkergemeinschaften der Monarchie ergreift und sie zur Verteidigung der hartbedrängten Heimat zu den Waffen rief, zunächst fortgeblasen worden. Aber man kennt im feindlichen Lager aus Deutsche und unsere Fehler besser, als uns lieb sein kann. Und man hoffte auf die Zukunft, auf das deutsche Erbteil der inneren Zwietracht und Zerrissenheit.

Die gewaltige Freude, die das Ausland durchdrast, als Extrablätter mit den sensationellsten Überschriften vom „Zusammenbruch der Mittelmächte“ die Kunde vom letzten Berliner Streik brachten, ist daher begreiflich. Und man versteht es auch, daß die feindliche Presse die einlaufenden Meldungen aus Deutschland ein klein wenig für ihre Leserwelt umarbeitete und aus ihnen Folgerungen zog, die überall ein angenehmes Grinsen hervorrufen mußten. Ihr Zweck war namentlich der, den durch die militärischen Vorfälle durch Rot und Leid geklärten Mut im eigenen Lande zu beben, durch den Hinweis, daß der angeblich „unvermeidliche“ Zusammenbruch der Mittelmächte bereits eingetreten sei und unaufhaltsam fortzuschreiten werde. Die Stunde des vollkommenen Entenrieges sei nahe. „Manchester Guardian“ schrieb euphorisch, man müsse mehr als 50 Jahre in der deutschen Geschichte zurückgehen, um ein Ereignis von ähnlicher Bedeutung anzutreffen. Der Streik sei die erste Kundgebung der deutschen Volkseele nach einer Bezwingung des „Militarismus“.

Die neuen Hoffnungen, die sich an die Berliner Auslandsbewegung geknüpft haben, haben das Schicksal aller Entente-Hoffnungen gehabt. Der Streik ist beendet. Er hat nicht den vom Auslande erwarteten Verlauf genommen. Deutschland arbeitet auf den Endsiege! Aber die Saat des Auslandes ist im Auslande aufgegangen. Die neu erstandenen Hoffnungen auf den deutschen Zusammenbruch beleben die Kampfbereitschaft der Feinde; sie gauen ihnen als erreichbar ein Kriegsziel vor, das nie zu erzwingen ist: Deutschlands Niederlage. Sie erfüllen sie mit frischem Mut und erlauben ihren Staatsmännern, öffentlich an ihren weitgreifenden Eroberungsplänen festzuhalten. In dem amtlichen Bericht über die dritte Versailler Tagung des Obersten Kriegsrates der Entente vom 30. Januar bis 2. Februar hat dies

Ausdruck gefunden: Die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten besteht darin, mit der äußersten Kraftanstrengung in geschlossener und wirksamer Zusammenarbeit die militärischen Bemühungen der Alliierten fortzusetzen, bis deren Druck in den feindlichen Regierungen und Völkern einen Stimmungsumschwung hervorgebracht hat, der die Hoffnung auf den Abschluß eines Friedens unter Bedingungen rechtfertigen würde, die keine Aufgabe all der Grundlege der Freiheit, Gerechtigkeit und Achtung vor dem Völkerrecht, für die die Alliierten eintreten, vor dem angriffsunfähigen und nichts berechnenden Militarismus bedeuten.“ Den Sinn dieses phrasenhaften, dunklen Satzes lernen wir. Er lautet: Krieg — bis England seine erst kürzlich durch Lord George öffentlich verkündeten weltpolitischen Hauptziele verdrängt haben wird! Den auch mit brennender Sehnsucht den Frieden ersehenden Völkern der Entente dürfte dieses Ziel ihrer Regierungen erreichbar erscheinen, da sie ja in den Berichten ihrer Presse über die Vorgänge in Deutschland den „Zusammenbruch der Mittelmächte“ in nahe Zukunft gedeutet sehen. Der Streik ist zwar beendet. Aber unter seinen Nachwirkungen, die auch die Friedensunterhandlungen in Brest-Litowsk beeinflussen, werden wir noch lange leiden. Das Schwerkert wird wieder aufzumachen haben, was deutsche Überlegenheit verdorben hat. Bedeutet das nicht eine unnötige und grausame Verlängerung dieses furchtbaren Krieges?

Tages-Rundschau.

Der Geheimschwurf gegen den Schleichhandel.

Der Bundesrat plant ein scharfes, besonders strafrechtliches Vorgehen gegen den Schleichhandel. Halbmäßig wird mitgeteilt: Schon früher haben die Preisprüfungsstellen versucht, gegen den gewerbmäßigen Schleichhandel vorzugehen. Einen Erfolg hatten sie hierbei indessen nicht aufzuweisen. Nunmehr erhoffen die maßgebenden Stellen, daß die neuen Bestimmungen jeden Schleichhandel in Zukunft infolge der Höhe der Strafe völlig zu unterdrücken. Nach dem Geheimschwurf sollen strafrechtlich verfolgt werden alle gewerbmäßigen Schleichhändler, die vorläufig eine Geheimschwurbestimmung verlegen. Als Strafe wird unter allen Umständen Gefängnis und daneben noch eine Geldstrafe bis zu 100 000 Mark vorgeschrieben. Darüber hinaus kann die Einziehung der Ware, mit der die strafbare Handlung begangen ist, verfügt werden. Wird ein Schleichhändler zum dritten Mal wegen gewerbmäßigen Schleichhandels zur Anzeige gebracht, so kann das Gericht nur noch auf Anweisung und daneben auf Geldstrafe und Einziehung der Ware erkennen. Darüber hinaus sind, wie verlautet, noch besondere Maßregeln in Aussicht genommen, die das Abfließen beschlagnahmter Ware in andere Kanäle in Zukunft völlig unterdrücken sollen. Hierüber werden der Öffentlichkeit wohl in der nächsten Zeit Einzelheiten gegeben.

Die Vermögensabgabe.

In der sächsischen Ersten Kammer hat sich vor kurzem, wie wir erwähnt haben, der sächsische Finanzminister v. Sendzimir nachdrücklich für einen Frieden ausgesprochen, der uns Aufschub bringt für die aufzubewahrenden Kosten bringt. Dabei hat sich Herr v. Sendzimir entschieden gegen den Gedanken einer Vermögensabgabe im deutschen Reiches erklärt, einmal deshalb, weil eine solche Abgabe eine unmittelbare Steuer sei, die den Bundesstaaten gebühre, und zum anderen deshalb, weil nach dem Kriege Handel, Industrie und Landwirtschaft sehr große flüssige Geldmittel gebrauchen würden, was eine Vermögensabgabe unmittelbar nach dem Kriege nicht zulasse. Dieser Grund ist ohne Zweifel durchaus zutreffend. Außerdem sprechen sich eben andere triftige Gründe gegen eine Vermögensabgabe. Mit dem Widerstand gegen die Erhebung einer solchen Abgabe steht Sachsen nicht allein. Auch andere Bundesstaaten dürften sich dagegen erklären. Immerhin hat, wie die „Tagl. Rundschau“ hört, der Gedanke, eine derartige Abgabe zu erheben, schon ziemlich bestimmte Gestalt angenommen. Mit Rücksicht auf den von dem sächsischen Finanzminister erhobenen Einwand soll die Abgabe nicht unmittelbar nach dem Kriege, sondern erst einige Zeit später stattfinden. Ferner denkt man, sie auf eine Reihe von Jahren — von 15, wie es heißt — zu verteilen. Endlich hofft man, bei der Abgabe nicht über eine Höhe von durchschnittlich 10 v. H. hinausgehen zu brauchen.

Nach Rücksicht auf die politische Lage und die Unübersichtlichkeit der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse während der Dauer des Krieges kann die sogenannte große Reichsfinanzreform im Sinne einer endgültigen Neuordnung der deutschen Finanzen zur Zeit noch nicht in Angriff genommen werden. Die in Reichstag bei seinem Wiederauftritt zugehenden Steuerentwürfe werden sich darauf beschränken, in dem Reichshaushalt für 1918/19, der wie in den vorangegangenen Kriegsjahren im wesentlichen die Anlage des letzten Friedenshaushalts übernimmt, das Gleichgewicht herzustellen und zu diesem Zwecke behufs Deckung des Mehreinkommens für die Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld, soweit dazu die bisherigen Einnahmen nicht ausreichen, neue Einnahmequellen zu erschließen. Die letzten Entwürfe über die aus diesem Anlaß der deutschen Volksvertretung zu machenden Steuerentwürfe dürften in der laufenden Woche zu erwarten sein.

Der 70. Geburtstag der Fürstin Bülow. Fürstin Marie Bülow feierte am Mittwoch den 70. Geburtstag. Ungezählte Freunde und Bekannte des Hauses Bülow werden der Fürstin ihren Glückwunsch darbringen. Man weiß, daß sie, ungeachtet ihrer italienischen Abstammung, mit ganzem Herzen der deutschen Sache ergeben ist, und man hat nicht vergessen, daß auch im italienischen Hause ihrer vor 2 Jahren heimgegangenen Mutter, der unvergessenen Donna Laura, d. i. ihres Großmutter, ein solches gattliche Stütze finden konnte. Das Fürstpaar Bülow ist seit langem mit Hamburg eng verbunden. Klein-Friedrich ist der Belingensaufenthalt geblieben. Diesen engen Beziehungen gedenkt der Chefdeputierte des „Hamburger Fremdenblatts“, F. v. Eckardt, in einem längeren Artikel in dem von der Fürstin geachteten „Als ich 1903 in die Hofstraße, die den aus seinen Gemächern geschiedenen Reichstagskammer bei der Abreise von Berlin grüßte, ein „Cordua Italia“ mischte, rief die baldigen Scharen Fürstin Bülow zu: „Ich bin eine Deutsche!“ Das war keine Phrase, sondern der unmittelbare Ausdruck ihres Empfindens. Es hat für sie niemals einen Konflikt zwischen Deutschland und Italienern gegeben. Wie in den Friedensjahren, so hat sie auch seit dem Ausbruch des Krieges mit ganzem Herzen immer an der deutschen Sache gehangen. Der Eifer, mit dem sie in Rom während der Reichstagsperiode von 1914 bis 1915, für die dem Fürsten Bülow Deutschland immerdar den größten Dank schuldet, die deutschen Frauen zum Hilfswerk für die kämpfenden Deutschen um sich sammelte, entsprang seinem Bedürfnis nach eindrucksvoller Gattlichkeit, sondern einzig und allein dem Drange zu nützen und zu helfen.

Der Kaiser über Krone und Volk. Auf die dem Kaiser zum Geburtstage vom Präsidenten des Herrenhauses dargebrachten Glückwünsche ist, wie nachträglich bekannt wird, folgendes Antwortschreiben eingegangen: Herrlichen Dank für die freundlichen Glückwünsche, mit denen Sie mich namens des Herrenhauses erfreut haben. Die innige Verbindung von Krone und Volk, die ich als heiliges Erbe von meinen Vätern übernommen habe, kommt aus dem harten Leben, durch die Preußen zu seiner weitestgehenden Wollung erhoben werden mußte. Können diese schweren Jahre, deren Ernst ich trotz der Mir von Gott auferlegten Verantwortung nur um so tiefer empfinde, die'se Vertrauensverhältnisse nicht zu befestigen und zu erneuern, dann ist es mir um so mehr ein Bedürfnis, die nach vor uns liegen und bei den großen Aufgaben, die wir auch in diesem Jahre zu bewältigen haben, den Mitgliedern des Herrenhauses meinen künftigen Gruß. Wilhelm R.

Demission des österreichischen Kabinetts.

Abt. Wien, 7. Februar. Meldung des k. u. k. Korrespondenzbureaus. Das Abgeordnetenhaus legte die Generaldebatte über

den Staatshaushalt vor. Am Schluß der Sitzung erklärte Präsident Dr. Groß: Ich habe heute vom Ministerpräsidenten Dr. von Seidler die Mitteilung erhalten, daß die Regierung dem Kaiser ihre Demission überreicht hat. Da die Regierung sich noch im Stadium der Demission befindet, werde ich nach konstitutionellem Brauch nichts anderes übrig als vorläufig die Sitzungen des Hauses zu vertagen. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekannt gegeben werden. In parlamentarischen Kreisen verlautet, die Demission der Regierung sei auf einen Beschluß des Reichsrates zurückzuführen, der sich sowohl gegen den Eintritt in die Spezialdebatte wie gegen ein zweimonatiges Budgetprovisorium ausgesprochen, wodurch die Majorität für das Projekt in Frage gestellt worden sei.

Kleine Mitteilungen.

Abt. Berlin, 6. Februar. Die nächste Sitzung des Reichstages findet am 19. Februar nachmittags 3 Uhr statt. Tagesordnung: Anfragen und Petitionsberichte.

Berlin. Der Generalgouverneur von Markau, General von Biele, ist zum Generalobersten ernannt worden.

Abt. Berlin, 6. Februar. Die in einem ausländischen Blatt enthaltene Meldung von einer Verlobung des Staatssekretärs v. Kahlmann ist falsch.

Abt. Berlin, 6. Februar. Anlässlich der Anwesenheit des Grafen Czernin in Berlin, schreibt die „Nord. Allg. Ztg.“, kamen in wiederholten Gesprächen mit leitenden Stellen aus laienhaften politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, insbesondere Ernährungsfragen, zur Diskussion, wobei in jeder Beziehung vollstes Einverständnis festgestellt werden konnte.

Stuttgart. Heute Freitag traf der König von Bayern zum Besuche des Königs von Württemberg in Stuttgart ein.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Bieberich.

* Musterung. Es wird darauf hingewiesen, daß sich zur Stammrolle anzumelden haben die Wehrpflichtigen der Geburtsjahrgänge 76 bis einschließlich 99, soweit sie noch nicht eingetragelt waren und die Eintragung erhalten haben: „zeitig arbeitsverwendungsfähig“ oder „zeitig kriegsverwendungsunfähig“. Außerdem müssen sich alle männlichen Personen des Geburtsjahrganges 1900 melden.

* Die Vorträge über Kriegs- und wirtschaftliche Fragen finden am Sonntag, den 10. Februar 1918, zu Schloß Klein in der Turnhalle, am Sonntag, den 17. Februar 1918, zu Ballen im Gasthaus Deutsches Haus, statt, und beginnen um 2 1/2 Uhr. Es ist ausdrücklich hervorzuheben, daß nicht nur die Vertreter der Lehrerschaft und der Jugendpflege, sondern die gesamte Bevölkerung insbesondere auch die Frauen zu diesen Vorträgen eingeladen sind. Die Vorträge selbst sind rein sachlich und wollen nur der Aufklärung dienen, keineswegs aber parteipolitischen Zwecken dienen.

* Gültigkeit der Reisebrücken. Es bestehen immer noch Unklarheiten über die Gültigkeit der jetzt im Umlauf befindlichen Reisebrücken wegen des in Aussicht gestellten Neubaus, der den amtlichen Stellen erforderlich erschien im Hinblick auf aufsteigende Nachschubkosten. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, ist der Neubau noch nicht so weit gediehen, um die neuen Karten in nächster Zeit in den Verkehr bringen zu können. Die alten Karten bleiben also daher vorläufig in Gültigkeit. Aber auch nach dem Erscheinen der neuen Karten werden die alten noch einige Zeit gelten, um den Umlauf zu bewerkstelligen. Auf jedem Fall wird rechtzeitig bekanntgegeben werden, wann die neuen Karten herauskommen.

* Künftige Papiere in deutschem Reich. In der Presse lauten in Erörterungen, die sich mit der Lage der künftigen Staatsanleihen und dem Staat garantierten Eisenbahnobligationen beschäftigen, namentlich der Vorwurf auf, daß für die Gelamkeit die er oder für einzelne Gruppen davon eine Schuppereinigung gegründet werden solle. Wie wir hören, war dieser Gedanke bereits Gegenstand eingehender Erörterungen in den Finanzkreisen. Man kann aber zu dem Schluss, daß wenigstens gegenwärtig die Voraussetzungen für die Gründung einer Schuppereinigung nicht gegeben sind. Die Summe der Werte, die in Frage kommt und ihre Zusammenfassung ist der deutschen Regierung durch die auf Grund der Verordnung vom 23. August 1916 vorgenommene Anmeldung der ausländischen Wertpapiere genau bekannt. Der russischen Regierung gegenüber liegt die Vertretung dieser Interessen, wie diejenige der deutschen Interessen überhaupt, bei den zuständigen deutschen Behörden. Deshalb ist von der Gründung einer Schuppereinigung zur Zeit in tatsächlicher Hinsicht nicht zu erwarten. Die in Betracht kommenden Bankhäuser und Banken haben deswegen mit Zustimmung der Behörden beschlossen, auf diese Mittel, ihre Bemühungen auch nach außen hin sichtbar zu machen zu verzichten. Sie glauben, daß die Inhaber russischer Staatsanleihen und Eisenbahnobligationen auch ohne das als derzeitiger Maßnahmen bedarf des Vertrauens haben werden, daß seitens der Banken und Bankfirmen alles geschieht, was in jedem Zeitpunkt nach der Gestaltung der Verhältnisse zum Schutze der Interessen der deutschen Besitzer russischer Werte getan werden kann.

* Die neuen Eisenbahnfahrpreise. Am 1. April d. Js. tritt bekanntlich eine Verneuerung des Reiseverkehrs nicht nur in Berlin, sondern im ganzen deutschen Reich in Kraft. Der zugunsten des Reichs zu erhebende Zuschlag ist nach Wagenklassen gestaffelt: er beträgt für die bisher zweierlei 4. Klasse 10 v. H. des Fahrpreises, für die übrigen Klassen 12—16 v. H. des Fahrpreises (12 v. H. in der 3., 14 v. H. in der 2., 16 v. H. in der 1. Klasse). Zugunsten der Staatseisenbahnverwaltungen wird ein Zuschlag von 10 v. H. erhoben. Infolgedessen erhöhen sich die Kilometerpreise in der 4. Klasse von 2 auf 2,2 Pfg., in der 3. Klasse von 3 auf 3,3 Pfg., in der 2. Klasse von 4,5 auf 4,95 Pfg., in der 1. Klasse von 7 auf 7,7 Pfg. Diese erhöhten Preise erhöhen sich weiter um die Staffelfähigkeit der Reichsverkehrssteuer, nämlich in der 4. Klasse um 10 v. H., von 2,2 auf 2,4 Pfg., in der 3. Klasse um 12 v. H., von 3,3 auf 3,7 Pfg., in der 2. Klasse um 14 v. H., von 4,95 auf 5,7 Pfg., in der 1. Klasse um 16 v. H., von 7,7 auf 9 Pfg. Auch die Befreiung des Reisegepäckes orientiert sich um durchschnittlich den dritten Teil des jetzigen Preises.

* Hochheim. Die am Donnerstag, 7. Februar, nachmittags 5 Uhr stattgehabte Stadtratsordneter-Sitzung erledigte die in Nummer 16 des Stadt-Anzeigers bekanntgegebene Tagesordnung wie folgt: 1. Die aus der Gemeinde Herren zu bewilligende Mithilfe, als Stadtratsordneter-Vorsitzer Geh. Kommerzienrat Hummel, als Stellvertreter Geh. Kommerzienrat Dr. Santius, als Stadtratsordneter Fabrikant Bachem, als Stellvertreter Stadtratsordneter Hauptmann d. R. W. Frig. 2. Auch in den Wahlschluß wurden die aus der Gemeinde Herren zu bewilligenden Mithilfe, sowie die Stadtratsordneter Adam Siegfried, Rathhalar Koch, Jean Kallenbach und W. Frig. mit der Begründung: — 3. Von der Vorlage der Kassenrechnung vom 25. Januar 1918 wurde Kenntnis genommen. — 4. Dem Geh. Kommerzienrat Dr. Santius wurde die Ermächtigung des elektrischen Strompreises wurde mitgeteilt, die Herabsetzung braucht jedoch nur auf Gegenleistung auf die Dauer des Krieges. — 5. Von dem Bericht des Stadtratsordneters W. Frig. über die städtische Prüfung wurde Kenntnis genommen. — 6. Die Stadtratsrechnungen für 1914/15 wurden festgestellt. Vorbehaltlich der noch vorzunehmenden Prüfungen. Das Jahr 1914 brachte an Einnahmen 580 587 50 Mark, an Ausgaben 578 827 30 Mark, mithin Ueberschuß 17 760 20 Mark. In 1915 betragen die Einnahmen 581 525 73 Mark, die Ausgaben 587 165 45 Mark, Ueberschuß 24 360 28 Mark. Während des Krieges haben sich die durchlaufenden Summen in der Stadtratsverwaltung noch gewaltig vergrößert, so daß alles in allem gerechnet, jährlich 2 bis 3 Millionen Mark in Betracht kommen. — Die Genehmigung einer Teuerungsulage für die Industrie- und Handelsteile. Das wurde einstimmig beschlossen. Mit dem ersten Abstieg des 1917er Weines wird jetzt überall begonnen. Hierzu sei bemerkt, daß Herr Kaiser und Kaiserin Philipp von Kallender von Hele bestellt ist. (Siehe Anzeiger.)

* Die Ergebnisse der Einkommensteuerbesatzung für 1917 sind in einer dem Abgeordnetenhaus zugewandten Uebersicht zusammengestellt. Die Einkommensteuer einschließlich der Zuschläge hat einen Gesamtjahresbetrag von 19 1/2

Ich niemals verheirathet, Herr von Kanneburg. Vielleicht nimmt diese Verführung meiner Abgäbe den Stachel. Ich blühe Sie herz-

